

Abonnements
Neben dem Verlag und dessen
bekanntem Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Wiederjahrspreis von:
Mk. 4.40 für Deutschland (einsch.
per Post-Gebühr)
Mk. 4.75 für Oesterreich (einsch.
per Post-Gebühr)
Mk. 5. — für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (einsch. d. Post-
gebühren)

Inserate
Die dreizehnte Heftgröße
3 Zeilen — 25 Pfg. — 30 Gr.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Er erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
Commons Cooperative Publishing Co.
E. Dornstein & Co., London N. W.
34, Kentish Town Road.
Postsendungen
franko gegen Franko.
Gesetzliche Briefe
nach England fallen Doppelporto.

N. 10.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wollen man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schickt man sie die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In postschwierigen Fällen eingeschrieben.

9. März 1889.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Die Enquete über die Arbeiterkammern in Oesterreich.

Wien, 1. März 1889.

Die hiesigen Arbeiterenqueten sind eine österreichische Spezialität, unter den vielen österreichischen Sonderbarkeiten nicht die am wenigsten sonderbare. Sie sind nicht Enqueten nach englischem Muster, sie sollen nicht dazu dienen, Thatsachen festzustellen, sondern dazu, die Wünsche und Forderungen der Arbeiterklasse zur Kenntnis des Parlaments zu bringen. Man entbehrt den Arbeitern hartnäckig das Wahlrecht vor. Aber sie sind nicht mehr, auch in Oesterreich nicht, eine quantités négligeable: die verschiedenen Parteien halten sie für wichtig genug, den Versuch zu machen, sie zu gewinnen und gegen die Gegner auszuspielen. Als eines der Mittel dazu sollen die Enqueten dienen; sie besitzen vor dem allgemeinen Wahlrecht den Vorzug, daß man sich die „Vertrauensmänner der Arbeiter“ selbst aussuchen kann, und daß man sie nur dann aufmarschieren läßt, wenn man sie braucht.

Das Kabinet Taaffe begann damit, sich den Arbeitern in dieser Weise entgegenkommend zu zeigen. Als es noch jung war und sich noch nicht fest im Sattel fühlte, sah es sich nach Bundesgenossen gegen die Liberalen um, vor allem in der Reichshauptstadt. Es ist doch ein unangenehmes Gefühl für ein Ministerium, sich bloß auf Provinziale stützen zu können, in der Hauptstadt aber Niemand hinter sich zu haben. Es versuchte, den Liberalen die Kleinbürger und die Arbeiter entgegenzustellen. Den Ersteren, den „Häufiggoldmännern“, wurde das Wahlrecht verliehen und damit dem Antisemitismus eine solide Grundlage gegeben, wie er sie nirgends anderswo hat. Anders mit den Arbeitern. Man wußte zu gut, daß eine Bundesgenossenschaft mit ihnen höchstens eine vorübergehende sein könnte. Man versagte ihnen das Wahlrecht, gewährte ihnen aber auf administrativem Wege größere Versammlungsfreiheit — zu Demonstrationen gegen die Liberalen — und suchte sie durch die Einführung des Normalarbeitstages zu gewinnen.

Um die Wünsche der Arbeiter darüber zu hören, wurde die bekannte Enquete vom 30. April bis 8. Mai 1883 abgehalten, bei der es der Regierung ziemlich nach Wunsch ging. Es gelang den Liberalen Herren Graf Belcredi, Faltinger u., sich auf die Arbeiterfreunde hinauszuspielen, indem die Liberalen Fabrikanten, die Herren Wiesenburg, Pacher, Kassa und Konsorten als Advokaten der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter entlarvt wurden.

Für die Sache der Sozialdemokratie wirkte diese Enquete leider nicht so agitatorisch, als sie hätte wirken können; die Bereitwilligkeit der Partei hinderte jedes einheitliche Vorgehen, und die anarchischen Experten blamirten die Sozialdemokratie, zu der man sie rechnete, aus Leibeshäften. Allen voran Ehren-Beufert, der den Normalarbeitstag verwarf mit Rücksicht auf die schlechten Erfahrungen, die man mit ihm in — Belgien gemacht hat!

Seitdem hat sich das Regiment Taaffe festgesetzt. Es fühlt sich sicher im Sattel und hält es daher nicht mehr für notwendig, mit den Arbeitern zu liebäugeln. Die Liberalen haben aber von Herrn Taaffe gelernt und suchen jetzt ihrerseits die Gunst der Arbeiter zu gewinnen. Resigniert meinen sie

Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo, zu deutsch: wenn wir schon keine Aussicht haben, durch unser Bestreben mit der Rechten die Gunst von Oben zu gewinnen, trotzdem wir alle Begehren, Anleihen u. freudigst im Handumdrehen bewilligen, so wollen wir wenigstens nach Unten hin uns unserer Haut wehren — lassen (durch Andere nämlich, denn ein echter Liberaler jammert höchstens, aber wehrt sich nicht selbst) und so wollen wir gegen die antisemitischen Hunde, die die Regierung auf uns gehetzt, die sozialdemokratischen Wölfe loslassen.

Der Gedanke ist richtig. Auch in Deutschland sind es nicht die Liberalen, sondern die Sozialdemokraten, die mit den Antisemiten fertig werden. Die natürliche Konsequenz dieses Gedankenganges wäre die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts. Aber dazu sind die Liberalen zu feig. Sie fürchten denn doch die Wölfe noch mehr als die Hunde, und wenn jene schon losgelassen werden sollen, so nicht früher, als bis ihnen die Zähne ausgebrochen. Das sollen die Arbeiterkammern besorgen, welche die Herren Plener und Konsorten am 5. Oktober 1886 beantragten, und in der beantragten Form scheinen sie dazu in der That höchst geeignet.

Man darf diese Arbeiterkammern nicht verwechseln mit den im Arbeiterentscheidungsentscheidungs der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstags beantragten. Diese sollen den Arbeitern das Recht geben, in gleichem Maße wie die Unternehmer die industriellen Verhältnisse zu beeinflussen, soweit

dies auf administrativem Wege möglich. Die Arbeiter und die Unternehmer sind daher in gleicher Stärke in den Kammern vertreten.

Diese Bestimmung wäre widersinnig in den österreichischen Kammern, denn diese sollen ein Stück der Interessenvertretung sein, die in Oesterreich so eigenartig entwickelt ist. Daß diese Interessenvertretung, diese ständische Vertretung eigentlich echt feudal und antiliberal ist, hindert unsere Liberalen nicht, sie noch weiter ausbauen zu wollen, um nur dem gefährdeten allgemeinen Wahlrecht zu entgehen.

Heute sind im österreichischen Parlament vier Stände vertreten: Ein Theil der Abgeordneten wird in den Städten von denjenigen, die mehr als 5 Gulden direkte Staatssteuern (ohne Zuschläge) zahlen, in direkter Wahl gewählt; da gibt vielfach das Kleinbürgertum den Ausschlag. Die Bauern wählen ihre Vertreter in indirekter Wahl durch Wahlmänner; der Großgrundbesitz endlich entsendet in das Abgeordnetenhaus circa 80 Vertreter und die Handelskammern circa 30; die beiden Letzteren zusammen nicht weniger als ein Drittel sämtlicher Abgeordneten. Nun sollen als fünfter Stand auch die Arbeiter eine Vertretung bekommen, und zwar sollen die Arbeiterkammern im Ganzen neun Vertreter in den Reichsrath entsenden.

Und wie sorgfältig werden diese neun gewählt, damit ja die sozialdemokratischen Bäume nicht in den kapitalistischen Dünkel wachsen! Nur wer zwei Jahre im Geltungsgebiet des Gesetzes ununterbrochen in Arbeit gestanden, hat das aktive Wahlrecht; die Wahl ist eine öffentliche; der Wähler hat den Stimmzettel entweder der Wahlkommission offen und persönlich zu überreichen oder mit seinem Namen unterzeichnet per Post einzusenden!

Nur Arbeiter dürfen in die Arbeiterkammern gewählt werden, nur Kammerräte in den Reichsrath. Diäten erhalten die Mitglieder der Arbeiterkammern nicht.

Was das Alles bedeutet, kann man auch in Deutschland ganz gut erkennen. Die Wahlbeeinflussung ist dort trotz der geheimen Wahl eine unerhörte, wie dann erst in öffentlicher Wahl! Das Fehlen der Diäten hindert die Wahl von Arbeitern in den Reichstag; daher der große Kandidatenmangel unserer Partei in Deutschland. An Kräften fehlt es nicht, wohl aber an unabhängigen Kräften. Wird ja einmal ein Arbeiter gewählt, dann ist es mit seiner Stellung zu Ende und er muß trachten, sich einen neuen Erwerb durch Beteiligung an einem selbstständigen Unternehmen zu suchen, womit er in der Regel aufhört, Lohnarbeiter zu sein. Aber Diäten verweigern und gleichzeitig das passive Wahlrecht auf Lohnarbeiter beschränken, das geht über Deutschland noch hinaus, dann streicht man mit einem Mal fast alle sozialdemokratischen Kandidaturen.

Und selbst diesem jämmerlichen Entwurf gegenüber zeigt sich die Regierung ablehnend; sie hat es nicht mehr notwendig, in Arbeiterfreundlichkeit zu machen. Die Liberalen aber sind blind genug, zu glauben, mit dem Versprechen einer solchen „Reform“ — denn ihre Verwirklichung ist sehr problematisch — die Arbeitermassen für sich begeistern zu können!

Nachdem der Entwurf über zwei Jahre in einem Ausschuss geruht, der wieder ein Subkomitee beauftragt hatte, Verbesserungen daran anzubringen, hat dieses Komitee auf Anregung Bernerstorfers sich entschlossen, eine Enquete zu veranstalten, um die Ansichten der Arbeiter über den Entwurf zu hören. Die Vernehmung der Experten fand am 23., 25. und 26. Februar statt. Da die Verhandlungen dem Publikum nicht zugänglich waren und das stenographische Protokoll noch nicht vorliegt, kann man ein abschließendes Urtheil noch nicht fällen. Indessen ist so viel heute schon sicher, daß wir mit dem Ergebnis der Enquete zufrieden sein können. In erster Linie bedeutet diese eine Niederlage der Christlich-Sozialen. Diese Herren hatten eine stattliche Anzahl von Arbeitern in die Enquete entsandt. Als aber diese Auserwählten zum Wort kamen, da zeigte es sich, daß die Intelligenten sich auf unsere Seite stellten und die Juridisch-Bleibenden die klügliche Dummheit dokumentirten. Die Enquete hat es gezeigt, wenn es noch notwendig war, zu zeigen, daß die Christlich-Sozialen nicht den mindesten Einfluß unter den intelligenten Arbeitern gewonnen haben. Die paar Schafe, die ihnen nachlaufen, sind ohne Bedeutung und ohne die Fähigkeit, je eine solche zu erlangen.

Unterscheidet sich die Enquete von 1889 von der von 1883 zu ihrem Vortheil durch die schätzbare Rolle, die die Christlich-Sozialen spielten, so noch mehr durch die Einigkeit und Zielbewusstheit, die diesmal in unseren Reihen herrschte. Ehemalige „Gemäßigte“ und ehemalige „Radikale“ waren erschienen, und sie alle stellten sich auf den gleichen Standpunkt, welchen sie in einer am Schluß gemeinsam abgegebenen Erklärung dahin zusammenfaßten: „daß sie wohl im Prinzip für die Errichtung von Arbeiterkammern sind, jedoch nur dann eine erspriessliche Thätigkeit derselben erwarten können, wenn denselben ein Wirkungskreis zugewiesen wird, welcher die tatsächlichen Arbeiterverhältnisse berücksichtigt. Der vorliegende Gesetzentwurf aber, heißt es, „entspricht weder unseren wirtschaftlichen

noch politischen Anforderungen.“ Unterzeichnet ist diese Erklärung von den Experten: Ulbrich, Barbock, Kieger, Kroupa, Kuzicka, Mantowski, Tabaczowski, Gerin, Frielmel, Protop, Lechner, Popp, Popper und Gehrl. Eine ganz übereinstimmende Erklärung gaben die tschechischen Experten Schima, Jirasek und Kosima ab.

Bemerkenswerth ist, daß die polnischen Experten Mantowski und Tabaczowski und der Italiener Gerin, sowie die drei Tschechen, bisher in keiner Fühlung mit der sozialdemokratischen Partei standen; es war der Klasseninstinkt, der sie trieb, sich mit unseren Experten auf den gleichen Standpunkt zu stellen. Wir dürfen aber wohl erwarten, daß dieser „internationalen Arbeiterkongress“, der da auf Staatskosten organisiert worden, einen engeren Zusammenschluß der verschiedenen sozialistischen Bewegungen zur Folge haben wird, und daß das einheitliche Vorgehen, das diesmal ohne Verabredung aus der Gleichheit der Situation und der Interessen sich ergab, zu einem mehr planmäßigen sich gestalten wird, daß, wenn auch jede dieser Bewegungen selbständig bleibt und bleiben muß, die Fühlung zwischen ihnen eine engere wird.

Auf jeden Fall können wir mit der Enquete zufrieden sein. Unsere Genossen sind es denn auch. Die „Gleichheit“ schließt ihren Artikel darüber mit folgenden Worten, denen wir vollkommen beipflichten:

„Die Expertise hat für die Partei einen außerordentlichen Werth gehabt, wenn wir auch glauben, daß die Herren Parlamentarier wenig Gebrauch von der Belehrung machen werden, die ihnen geboten wurde. Sie hat trotzdem Werth gehabt, weil sie wieder einmal der großen Masse gezeigt hat, wo allein die bewußten und energischen Vertreter der Arbeiterinteressen zu suchen sind, welche wissen, was sie wollen. Die Expertise hat gezeigt, daß die Arbeiter die Arbeiterkammern ausbauen wollen für ihre Organisation und den Schutz ihrer ökonomischen Interessen, daß sie aber nicht auf jeden Schwindel hineinfallen. Die Liberalen, die auf Gimpelgang ausgehen, werden nunmehr darüber belehrt sein, daß dazu eine Kleinigkeit fehlt — die Gimpel.“

Aus Frankreich.

Paris, 28. Februar 1889.

Die von den unabhängigen blanquistischen und kollektivistischen Gewerkschaften für den 24. Februar abendräumte Manifestation, welche die Empfangnahme der Antwort auf die am 10. Februar eingereichten Forderungen begleitete, lieferte dem opportunistischen Ministerium Tirard erwünschte Gelegenheit, sich als Klassenregiment einzuführen. Das böse, vor einer Abrechnung zitternde Gewissen der Bourgeoisie verdroß sich wieder einmal hinter das in letzter Zeit so gebräuchliche und so bequeme Heigenblatt der Gefahr Boulanger. Der Boulangerismus steht hinter der Manifestation, er wird dieselbe zum Verderben der Republik ausnützen — mit diesem Geschrei suchte man die Demonstration bei den breiten Schichten der Bevölkerung zu discrediten. Wie stets, wenn es gilt, über das Proletariat herzufallen, so zeigte auch diesmal die Bourgeoisie alle Schattierungen einer rührenden Einigkeit, und während die tabulalen Blätter mit dem Brüllen der Entrüstung das „blanquistische Mandat“ demütigten, behandelten die opportunistischen Organe die Manifestation ohne Weiteres als „Gemeute, die mit allen Mitteln niedergeschlagen werden muß“.

Die Regierung beehrte sich, die gegebenen Worte richtig auszuliegen, — das abirende „radikale“ Kabinet mit Floskeln, verbrämt durch Floquet's Ordre an die Präfecten, die Delegirten nur zu empfangen, wenn sie sich allein, ohne von einem Zug oder einer drohenden Manifestation begleitet zu sein, präsentirten; das die Fühlung ergreifende opportunistische Kabinet mit ungeschminkter Brutalität durch den Befehl, die Delegirten überhaupt gar nicht zu empfangen. Der „Temps“, das Organ der unabhängigen Bourgeoisie, bezeichnete die erstere Maßregel als ein parlamentarisches mit der Gemeute, die zweite jedoch als die seinem Herzen theure Erklärung, „die Gemeute kurz und bündig unterdrücken zu wollen. In der frühlichen Hoffnung auf ein gebrüderliches Gemetzel war deshalb aller Orten, wo man eine Manifestation erwartete, Polizei und Militär aufgesichtet; ganz besonders aber in Paris, wo nicht nur die gesammte offene und geheime Polizei auf den Füßen, sondern auch die Garibon von Paris, die von Versailles und eine Artilleriebatterie von Vincennes konstatirt war. Unter diesen Umständen hielten es die Organisatoren der Manifestation für geboten, in Paris auf dieselbe zu verzichten, um, wie sie in einem Aufruf erklärten, „die Arbeiter nicht nutzlos dem gewöhnlichen Massaker auszuliefern und den Herrschenden nicht die Gelegenheit zu liefern, die Republik noch mehr zu schwächen.“ Das Manifest schließt mit der Aufforderung, die Arbeiter möchten eine Organisation schaffen, welche erlaubt, mit eigener Kraft die Verwirklichung der proletarischen Forderungen durchzusetzen. Die einzelnen für die Manifestation vorbereiteten Gewerkschaften von Paris und dem S. ind. departement haben sich dieser Parole gefügt, und dies, obgleich zu erwarten stand, daß sich die Kundgebung in Folge des Ausschusses der Kunst- und Bildhauer des Faubourg Saint-Antoine zu einer großartigen gestalten würde. In der Provinz ist es in einer ganzen Reihe von Industriezentren wie Lyon, Marseille, Troyes, Roubaix, Lille, Nantes u. zu Manifestationen gekommen, die ausnahmslos einen friedlichen Charakter trugen, trotzdem die Heißhül der „Ordnung“ es nicht an Eifer fehlen ließen, die Arbeiter zu Tumulten hinzureißen. Der Anweisung der Regierung entsprechend haben die meisten Provinzialbehörden die Arbeiterdelegationen nicht empfangen, während die Gemeinderäte dieselben vorzulassen liehen, allerdings um sie mit gewissen Erklärungen abzuweisen. Eine Ausnahme im schlimmen Sinne machte der mit Hilfe der Possibilitäten gewählte Vorstand des Pariser Gemeinderaths. Entgegen der bisherigen Tendenz dieser Körperschaft ließ er den Delegirten kurzweg sagen, daß Sonntag den 24. wie alle Sonntage, das Stadthaus geschlossen bleibe.“ Dafür wiederum hatten die Präfecten von Marseille, Lille und Roubaix die Arbeiterdelegationen nicht nur empfangen, sondern sogar — scheinlich zu sagen — sich längere Zeit und in zuvorkommender Weise mit denselben unterhalten. Die opportunistische Presse lief vor Zorn über solche den Arbeitern ange-

thone ohne schier blau und grün an und mußte nicht, sollte sie mehr über die Präzedenz oder den vielversprechenden Minister des Innern, Constant, herfallen, der vielleicht gar einen Tag und eine Nacht verfaßt, die nöthigen Bescheide zu geben.

Einen thätiglichen Erfolg haben die Gewerkschaften von Lyon in Folge ihrer Anforderungen erzielt. Laut Stadtrathlichen Beschlusses sind ihnen folgende Konzessionen angetan: Ueberweisung eines Fonds von 2000 Franken, um unbemittelten, vor dem Gewerbechiedsgericht klagbar gewordenen Arbeitern die Kosten vorzuschießen; Errichtung einer Arbeitsbörse; Gewährung eines Kredits von 10,000 Frs., um einzuweichen den Gewerkschaften die Miethen entsprechender Lokalitäten zu ermäßlichen. Gründung eines Raths für Arbeitsinvaliden; Aufstellung eines festen Lohns für städtische Arbeiten; Unterstellung der Streitfälle in gewissen Industrien unter das Gewerbechiedsgericht.

In agitatorischer Beziehung hat der Schritt der Gewerkschaften keinen Zweck in volstem Maße erfüllt, ganz gleich, ob die Manifestation erfolgt oder unterblieben ist. Man kann wohl behaupten, daß dies im letzteren Falle erst recht geschehen ist. Die zur Unterdrückung der Manifestation ergriffenen Maßregeln haben die sentimentale Phrasen von der Gleichheit aller vor dem Gesetze in ihrer ganzen Hohlheit gezeigt. Was dem Hinz recht ist, ist dem Nanz nicht billig, sobald letzterer nur ein Arbeiter ist. Eine durchaus friedliche Manifestation der Proletarier wird von vorn herein als Rebellion, als umstürzlerisches Mandat angesehen, sie wird verboten, die Gewalten schänden sich an, dieselbe mit List und Liebe zur Sache niederzulassen. Eine Manifestation des angemeinlichen Bürgerthums hat dagegen stets auf den Bestand von Regierung und Polizei zu zählen. Man vergleiche mit dem Verhalten der Regierung der beschriebenen Manifestation der Gewerkschaften gegenüber die stillvergütete Bereitwilligkeit, mit der die Staatsgewalt im vorigen Jahre die Demonstrationen der anti-boulangistischen Studenten zuließ, Demonstrationen, die in wahre Straßenkämpfe, mit aufgehängten Wagen, mürren Sabenauslagen ausarteten. Die Lehre wird für das französische Proletariat nicht verloren gehen.

Die Aktion der unabhängigen kollektivistischen und blaugrünen Gewerkschaften ließ wieder die Spaltung der französischen Arbeiterbewegung scharf hervortreten. Die Possibilisten hielten sich allen angebotenen Schritten nicht fern, sondern bekämpften dieselben in scharfer Weise. Joffrin bezeichnete die Manifestation als „ein boulangistisches Mandat“, das Nationalkomitee erklärte, sich von ihr fernzuhalten, weil ihre Organisationsverhältnisse nicht die Lage der Republik die Manifestation noch verdächtiger mache. Die Versammlung der Delegirten der „Federation des Centrons“ gab eine dahin lautende Erklärung ab, daß die betreffende Organisation von einer Beteiligung an der Manifestation abstehe, um die im Lande herrschende Verwirrung nicht noch zu steigern und die Republik nicht noch mehr herabzusetzen. Beachtung verdient die mit Vortheilern verbundene Erklärung, daß sämtliche bürgerliche Parteien für die derzeitige Situation verantwortlich seien, und daß die possibilistische Arbeiterpartei folglich bei den bevorstehenden Wahlen allen bürgerlichen Parteien Klassenabdaten gegenüberstellen werde. Drastischer kann eine Partei ihre eigene Taktik nicht als abgeschmackt hinstellen, als es damit wider Willen — die possibilistische thut. In der That, wodurch wird sich die Situation in ersten Monaten von demjenigen vor ersten Monaten unterscheiden? Aller Wahrscheinlichkeit nach durch eine weitere tiefe Entwicklung des Boulangismus. Die Republik ist also nach wie vor „in Gefahr“, und die veränderte Taktik beweist nur, daß die „republikanische Konzentration“ ein verheißenes Mittel zu ihrer Rettung war.

Der Gemeinshaden niedriger Löhne.

Von Adolph Heyner.

Die Fabrikanten und Industriellen aller Art in den Vereinigten Staaten haben es bis jetzt noch nie zu bereuen gehabt, wenn sie relativ höhere Löhne als das Ausland zahlten. Denn so viel man auch über die Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber und die Bedeutung des Exports sagen mag, — das Inlandsgeschäft ist hundertmal wichtiger. Wir behaupten, daß man — von Ackerbauprodukten wie dem amerikanischen Weizen abgesehen, der in größerer Menge erzeugt wird, als für dieses Land nöthig ist — an die Beurtheilung des Exports bisher einen falschen Maßstab gesetzt hat.

Die Alltags-Statistiker und Bourgeois-Oekonomen stellen in der Regel den Export als Gewinn und den Import als Verlust für ein Land dar, weil beim Export Geld in's Land kommt, beim Import Geld hinausgeht.

Wenn der Export dem Import ungefähr gleichviel oder ihn gar übertrifft, halten diese Wesen die Handelsbilanz der Nation für günstig; geht aber mehr Geld in's Ausland durch den Import, als durch den Export herauskommt, dann steht es ihrer Ansicht nach faul mit dem Staate.

In Wirklichkeit liegen aber die Dinge ganz anders. Wenn wir solche Stoffe und Waaren-Artikel in großen Quantitäten exportieren, an denen im Inlande kein Ueberfluß vorhanden ist, dann ist solcher Export ein Armuthszeugniß für uns; sie werden exportirt, weil unser Volk zu arm ist, sie massenhaft zu kaufen; wäre das Volk besser bezahlt, so würde die heimische Industrie jenes Artikels vom heimischen Markt so in Anspruch genommen sein, daß ihr am Auslande, am Export, nicht viel läge.

Denn das ist eine Alltags-erfahrung. Wenn der Industrielle oder Kaufmann seine Waare dabei oder in aller nächster Nähe mit einem Profit schnell umsetzen kann, so schweift er nicht in die Ferne. Das allererste und wichtigste Prinzip jedes Geschäfts ist: Schneller Umsatz mit möglichst geringen Unkosten (Spezen, „deutsch-amerikanisch“ Expences).

Großstädtische Fabrikanten und Großhändler, die eine bedeutende Lokalumschlag haben, stellen sich immer weit besser, als die Kontrahenten desselben Genres und desselben Geschäftszweiges, welche die lokalen Spezen für Reisende zu tragen haben und über Kreditfähigkeit der auswärtigen Kunden schlecht informiert sind.

Es würde also jeder Industrielle mit Vergnügen dem ausländischen Markte den inländischen vorziehen, wenn er ihn fände. Darüber kann kein Zweifel sein.

Aber das Volk ist zu arm, um sich Komfort-Gegenstände in genügender Quantität und Qualität anzuschaffen; das arbeitende Volk einer Industriellenbranche ist nicht in der Lage, das mit seinen eigenen Händen hergestellte Gut für seinen eigenen Gebrauch käuflich zu erwerben. Der Arbeiter muß mit einem billigen Stoff-Konsum zufrieden nehmen und der Geschäftsmann mit schamlosem Mobiliar; die Niedrigkeit ihrer Löhne gestattet ihnen nicht, als Kunden der von ihnen selbst für den Fabrikanten verfertigten Waaren aufzutreten. Und so ist im Allgemeinen die Kaufkraft der arbeitenden Klasse in den engsten Grenzen gebannt.

Das ist die Ursache, daß die Industrie ein Ventil im Export nach dem Auslande sucht.

Wären die Löhne allgemein höher, dann würde der Export — ohne daß man ihn gerade zu verachten brauchte — nicht die schwere Bedeutung erlangen, die er für ärmere Länder, wie Deutschland und Belgien, bereits besitzt.

In den Ver. Staaten ist die Sache nicht ganz so schlimm; denn mehr als die Hälfte unseres Exports besteht in Baumwolle und landwirtschaftlichen Massenprodukten, in Artikeln also, an welchen das Land so viel erzeugt, daß — bei vernünftiger Regulierung der Geschäftsverhältnisse — ein Theil der Produkte an das Ausland abgegeben werden könnte, ohne daß das Inland Mangel daran lide.

Der Export fertiger Industrie-Artikel nimmt in der amerikanischen Gesamt-Industrie keinen so unbedeutenden Theil ein, wie in Deutschland und Belgien.

Das kommt aber nicht daher, weil die hiesige Industrie wegen der höheren Löhne nicht mit dem Auslande konkurriren kann, sondern umgekehrt, weil in Folge der etwas höheren Löhne der amerikanische Arbeiter leichter, als der deutsche und belgische, einen Export ausgeben kann und daher die amerikanische Industrie für ihre Erzeugnisse mehr Verwendung im Inlande findet, als die deutsche und belgische.

Die Kaufkraft des amerikanischen Arbeiters ist ein wenig stärker als die kontinental-europäischen.

Je höher die Löhne hier steigen, desto mehr würde jene Wahrheit in die Augen fallen.

Hohe Löhne steigern den Gesamtverbrauch, die Industriekraft im Innern; niedrige schwächen nicht bloß die Konsumfähigkeit des Volkes, sondern seine Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit und damit die Möglichkeit der Export-Konkurrenz.

Weiter: Wir haben, wie die niedrigen Löhne sich in zweiter Linie gegen die Industrie selbst bedrohlich richten. Hat der Arbeiter kein Geld, kauft er Nichts.

Die Industrie arbeitet daher für den Export, weil sie im Inlande keinen genügenden Absatzmarkt findet.

Nun tritt folgende Wertwürdigkeit ein. Die Strafe für niedrige Löhne erweist die Industriellen nicht bloß als heimischen, sondern auch auf ausländischem Markte, und zwar in einer hochinteressanten Form, die das Studium aller Interessenten werth ist.

Die Strafe, von der wir hier reden, tritt als eine Remedis auf, die den Industriellen an dem Uebel, mit dem sie getrostet, Vergeltung zukommen läßt.

Die Industrie mancher Länder reduziert die Löhne zeitweilig, um angeblich die Konkurrenz mit dem Auslande auszuhalten; für die ersten paar Jahre mag die Konkurrenz gelingen; dann stellt sich jedoch ein Nachtheil ein, der von verheerenden, dauernden Wirkungen ist, wie jetzt Belgien an sich selbst erfahren muß.

In Belgien hat man im Laufe der Jahre der „Ausland-Konkurrenz“ halber die Löhne auf eine unerträgliche Minimalstufe herabgedrückt.

Trotz alledem havers aber jetzt mit dem Auslande-Export; die Industriellen und Staatswirthe zerbrachen sich die Köpfe und grabelten den Ursachen nach. Wir zahlen niedrigere Löhne“, sagten sie, „als irgend ein Land und können mit Ländern, die höhere Löhne zahlen, doch nicht im Auslande konkurriren.“

Und die Antwort kommt nun vom Auslande: „Ihr habt eure Arbeiter so lange angeschlossen, daß die Generation geschwächt wurde und die belgischen Arbeiter nicht mehr so viel leisten können, wie Andere, die höhere Löhne bekommen, daher besser essen und trinken. Das ist die Lösung des Räthels.“

Für einen Kenner amerikanischer Verhältnisse und besonders für den Arbeiter, der in Europa und hier geschäftig hat, ist das längst kein Geheimniß mehr, daß für den hiesigen Fabrikanten der etwas höhere amerikanische Lohn kein zwangsgewonnenes Geld ist. Durch die größere Leistungsfähigkeit des amerikanischen Arbeiters wird dem Fabrikanten das Plus des hiesigen Lohnes über den europäischen jeztlich wieder gegeben.

Und bekannt ist es, daß seit einer Reihe von Jahren alle Berechnungen des Konsums im Auslande in ihren amtlichen Jahresberichten dargehen haben, daß Amerika nicht bloß trotz, sondern in Folge höherer Löhne konkurrenzfähig mit dem Auslande bleibt, weil für den amerikanischen Lohn ein ungleich größeres Quantum Arbeit geleistet wird, als in Europa. Alle Ver. Staaten Konsum haben in einer ununterbrochenen Reihe von Jahren das Quantum der im Auslande geleisteten Produktion mit der amerikanischen unter Zugrundelegung des Gesamtlohnes verglichen und gefunden, daß der amerikanische Produzent durch den höheren Lohn und die damit verbundene stärkere Leistungsfähigkeit des Arbeiters ein größeres Quantum Arbeit erhält, als der europäische Produzent bei niedrigeren Löhnen.

Für Amerikaner ist das also nichts Neues.

Neu aber ist, daß die Bourgeois in Deutschland diese Wahrheit zu beargüßeln anfangen. Kein geringeres Blatt, als die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“, das offizielle Organ des deutschen Fabrikanten-Verbands, äunert sich über den Niedergang der belgischen Auslands-Konkurrenz wie folgt:

„Das gerade von Belgien aus die Weltmarktpreise mit Rücksicht auf die geringen Löhne, die man zahlte, so lange unterboten worden sind, bis die Leistungsfähigkeit der belgischen Arbeiter so weit herabgedrückt wurde, daß nun die belgische Export-Industrie außer Konkurrenz gesetzt zu werden befürchten muß, falls man die Löhne erhöhen würde.“

So rüht sich der Gemeinshaden niedriger Löhne an einer Nation.

Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ sollte nicht verfehlen, Deutschland daran zu erinnern, daß es gewisse Gegenden und gewisse Exportartikel deutscher Distrikte gibt, die in Nähe von derselben Strafe heimgesucht werden könnten. (R.-F. „Sozialist“.)

Zur Frage der Vielfandaturen.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben:

Wir haben fast noch ein ganzes Jahr bis zu den nächsten Wahlen, trotzdem aber beschäftigen dieselben bereits überall die Genossen. Die und da mag für diese frühe Thätigkeit die Befürchtung maßgebend sein, daß Bismarck es wieder auf einen Kompromiß abgeben und den Reichstag eines Tages plötzlich auflösen werde — eine Annahme, die wir aber nicht theilen, denn einen solchen Reichstag wie den jetzigen kriegt Otto der Götterknecht sobald nicht wieder zusammen; er wird ihn also ausnützen bis zur letzten Stunde. Sei dem aber wie es will, auf alle Fälle ist es gut, daß unsere Genossen rechtzeitig auf dem Posten sind. Zu früh kann man in dieser Beziehung nie aufstehen. Daß auch die Parteileitung, die Reichstagsfraktion, auf dem Posten ist und die nöthigen Vorbereitungen bereits trifft, darf man wohl daraus schließen, daß soeben eine Notiz durch die deutsche Arbeiterzeitung geht, wonach eine Zusammenstellung jener Genossen, welche geeignet und gewillt sind, eine Kandidatur für die nächsten Wahlen anzunehmen, fleißig Namen aufweist, mit denen aber die wirklich vorhandenen Kräfte noch nicht erschöpft sein sollen.

Es wird an diese Notiz ausdrücklich die Bemerkung geknüpft, daß ein Kandidatenmangel also nicht vorhanden sei und daß deshalb eine Vielfandatur einzelner Genossen sehr wohl vermieden werden könne. Wir verstehen, daß wir in Bezug auf letzteren Punkt von jeder etwas festlich denken, und wir haben deshalb auch den darauf bezüglichen Beschlüssen der verschiedenen Parteitage und Kongresse immer unter Achtung entgegenstellen, sind aber damit regelmäßig in verdammtender Minorität geblieben. Anders gestaltete sich der Sachverhalt allerdings immer, sobald es zu den Wahlen kam, denn seit dem zweiten Eisenacher Kongress 1873, wo der Beschluß, daß Vielfandaturen unzulässig seien und deshalb unterbleiben sollten, zum ersten Male gefaßt wurde, — und seitdem wurde er auf allen Kongressen und Parteitagungen wiederholt — sind die Vielfandaturen in geradezu progressiver Weise gestiegen. Haben wir doch schon Favoriten gehabt, die es bis zu 37 Kandidaturen brachten. Ob sich das bei den bevorstehenden Wahlen wiederholen wird, lassen wir dahingestellt; aufmerksam machen wollen wir aber — und das ist der Zweck dieser Zeilen —, daß fast zu gleicher Zeit, wo wir erfahren, daß die Partei über eine ansehnliche Zahl von Genossen verfügt, um die einzelnen Wahlkreise zu besetzen, auch schon wieder die Nachricht ankam, daß die Genossen, in einem Wahlkreis, der schon einmal durch einen Sozialdemokraten vertreten war und den man als ziemlich sicher für unsere Partei betrachtete, nämlich Magdeburg, dem Beschluß des St. Galler Parteitagung bereits wieder ein Schimpfen geschlagen haben.

Die Magdeburger Genossen haben nämlich von der Wiedereinstellung ihres früheren Vertreters, H. Heine, abgesehen und an dessen Stelle den Genossen von Bollmar aufgestellt. Letzterer wird aber in München, wo er bekanntlich bereits einmal gewählt worden ist, ebenfalls wieder kandidiren. Das letzte Mal unterlag er allerdings dem ultramontanen Gegner mit 12,494 gegen 14,498 Stimmen, aber bei dem starken Wachsthum Münchens und dem Umstande, daß dieser Zuwachs fast ausschließlich auf die Arbeiterbevölkerung kommt, und daß gerade in Bayern und hier wieder speziell in München der Ultramontanismus in raschem Abwärtsschritt begriffen, ist es sehr wahrscheinlich, daß Genosse Bollmar das nächste Mal in München II wieder gewählt wird. Daß in diesem Falle Bollmar das Münchener Mandat annehmen wird, ist selbstverständlich. Die Magdeburger werden aber, vorausgesetzt, daß Bollmar auch dort gewählt wird — und einen Sieg in Magdeburg wünschen und hoffen wir doch alle — das Vergnügen einer Nachwahl haben, bei denen wir bis jetzt bekanntlich meist sehr schlechte Geschäfte gemacht haben.

Wenn ich aber die Magdeburger Genossen über den St. Galler

Beschluß hinwegsehen können, dann werden es natürlich andere Wahlkreise ebenfalls thun. Der Schreiber dieser Zeilen zweifelt keinen Augenblick, daß es auch dieses Mal genau wieder so kommen wird, wie in allen früheren Fällen. Das Beispiel Magdeburgs ist schon ein recht respectable Anfang. Es spielen bei der Kandidatenfrage viele persönliche und sachliche Momente mit, welche durch Kongreßbeschlüsse nicht mit nichts der Welt zu schaffen sind. Wir werden also auch dieses Mal wieder Vielfandaturen und vielleicht auch Doppelwahlen haben. Was aber, fragen wir, haben Kongreßbeschlüsse für eine Bedeutung, die ebenso regelmäßig gefaßt, wie sie ebenso regelmäßig sowohl von den Wahlkreisen selbst als auch von den Parteigenossen überhaupt nicht beachtet werden?

Im Protokoll über den St. Galler Parteitag steht Seite 34, daß der Antrag: „Der Parteitag verlangt von dem künftigen Zentralwahlkomitee der Partei, daß dasselbe die Vielfandaturen einzelner Genossen nach Möglichkeit entgegentritt“ einstimmig angenommen wurde. Nun möchten wir fragen, ist die Forderung dem Beschluß der Magdeburger Genossen „entgegengetreten“? So viel wir erfahren konnten, hat so ziemlich das Gegentheil stattgefunden und ist die Kandidatur Bollmars mit Zustimmung der Fraktion aufgestellt worden. Was beweist das? Sollen wir daraus etwa schließen, daß die Fraktion sich leichtsinniger Weise über Kongreßbeschlüsse hinwegsetzt, oder daß es ihr mit der Aufrechterhaltung der Parteidisziplin nicht ernst ist? Das wäre gewiß ein falscher Schluß. Die Fraktion hat sich eben wahrscheinlich vor einer Thatsache gesehen, die sie nicht zu verhindern vermochte, sie hat zugestimmt, weil auch die Verweigerung ihrer Zustimmung die Aufstellung Bollmars nicht verhindert hätte. Dasselbe Schauspiel aber, wie in Magdeburg, werden wir noch in vielen Kreisen erleben. Es steht also fest, daß die Kongreßbeschlüsse über Vielfandaturen nicht gehalten werden, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil sie nicht gehalten werden können. Sachliche und noch viel mehr persönliche Gründe stellen sich der Durchführung dieser Beschlüsse als unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Mögen sich die Genossen dies entschließen klar machen, dann wird ein derartiger überflüssiger Beschluß nicht mehr gefaßt werden und Theorie und Praxis wird nicht fortlaufend in schreiendem Widerspruch stehen. Will man aber, trotz den bisherigen Erfahrungen, an dem bisher inne gehaltenen Standpunkt festhalten, dann schädigt der Schreiber dieser Zeilen vor, das nächste Mal nicht mehr einen doch nur platonisch gedachten Beschluß zu fassen, sondern zu beantragen, daß sämtliche anwesende Parteitag-Beisitzer sich auf Ehrenwort verpflichten, bei der nächsten Wahl nur eine Kandidatur anzunehmen. Man wird sehen, es werden dann so viel Bedenken laut, daß es zu einem Verbotbeschlusse nicht kommt.“

Sozialpolitische Rundschau.

London, 6. März 1889.

— Noch Etwas über die in Deutschland waltende Gleichberechtigung. Der „Sozialdemokrat“, schreibt man uns aus Deutschland, hat schon wiederholt auf die charakteristische Eigenschaft des herrschenden Systems aufmerksam gemacht, seine verantwortlichen Handlungen und Streben mit der Flagge christlicher Aussprüche zu decken und zu diesem Zweck eine plammäßige Wort-Falschmünzerei zu treiben. Der Inhalt der Wörter wird in kein Augenblick verkehrt, und je gemeiner die Sache desto ehrwürdiger die Form, welche dafür gewählt wird. Seine besonders interessante Geschichte nach dieser Richtung hin hat z. B. das Wort: „Patriot“. Es kam auf in der französischen Revolution und bezeichnete den Anhänger und Vorkämpfer der Revolution, welcher das Vaterland verlassen gegen die verhassten Monarchen des Auslands vertheidigte. Das Vaterland — la patrie — war das Vaterland der Revolution, war die Revolution, und der Patriot ein Revolutionär.

Später wurde das Wort von der siegreichen Reaktion oder Kontrevolution gestohlen, der Patriot verbandelte sich in einen Anhänger und ein Werkzeug der Reaktion, der Kontrevolution, und der deutsche Patriot von heute ist der Todfeind alles dessen, was der französische Patriot zu Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts als sein Ideal betrachtete und wofür er sein Herzblut hingab. Der patriotische Revolutionär hat sich in einen patriotischen Speichellecker und Gemüthlicher verwandelt.

Aehnliche Metamorphosen lassen sich zu Dutzenden und Hunderten nachweisen. Das jüngste Opfer dieser modernen Falschmünzerei (die natürlich auch „patriotisch“ ist) heißt Gleichberechtigung. Unter Gleichberechtigung verstand man bisher die Gleichheit der politischen Rechte — die politische Gleichstellung der Individuen, der Stände, der Klassen. Und die deutschen Arbeiter, welche gleich anderen gewöhnlichen Menschen das Wort in dieser Bedeutung, und nur in dieser Bedeutung, verstanden, waren in Folge dessen mit Rücksicht auf das Sozialistengesetz und die Restriktion der Sozialisten der festen Ueberzeugung, daß in Deutschland, für die Arbeiter wenigstens, von einer Gleichberechtigung nicht die Rede sein kann.

Achtliche Arbeiter haben sich geirrt; sie sind der Gleichberechtigung theilhaftig — das Sozialistengesetz und die Restriktion sind bloße Phantasiegebilde und in keinem Lande der Welt ist die Gleichberechtigung überhaupt so vollständig verwirklicht und ist für die Arbeiter so viel geübt als in dem „monarchischen“ Deutschland.

Das ist die neueste Wahrheit. Und wer sie nicht glaubt, der macht sich einer — zum Mindesten indirekten — Missethatsbeileidigung schuldig; denn der Mann, der das gesagt hat, ist Niemand anderes als Wilhelm der Zweite, König von Preußen und Kaiser von Deutschland.

Wenn kürzlich ein Arbeiter, der für die Rechte der Arbeit, und der Arbeiter eintritt, deshalb weil er dies thut, ins Gefängnis geworfen, von Frau und Kind getrennt und wie ein wildes Thier durch das Land gehetzt wird, dann kann er sich mit dem Gebanten trösten: das geschieht im Namen der Gleichberechtigung — mein Kaiser, mein Kaiser hat's ja gesagt.

Für den Frevel des Johns, der in diesem Kaiserwort liegt, wollen wir den Kaiser nicht persönlich verantworten machen — bei dem Leben, welches man ihn hat führen lassen, ist er nicht im Stande gewesen, sich über so unwichtige Dinge wie „Gleichberechtigung“, Ausnahmengesetz, Sozialismus, Arbeiterbewegung u. s. w. zu unterrichten. Aber welche verächtliche Art der Missethatsbeileidigung ist in solcher Weise die Thatsachen auf den Kopf stellt und der Wahrheit nicht minder betrug als dem gesunden Menschenverstand ins Gesicht schlägt?

— Die Dynastie Bismarck, die „providentielle“ Schlichterin und Schlichterin der Dynastie Hohenzollern, sieht sich von immer gefährlicheren Schwierigkeiten umringt. Ein wahrer Vulkanbruch von Missethatsfolgen in der auswärtigen Politik woget auf sie herab. Die auswärtige Politik, für deren Meister sich Bismarck von seiner Neapolytische angesehen ließ, bringt seit längerer Zeit nur Niederlagen und Blamagen. Die in widerlichem Wettstreit erdeltete Allianz mit Rußland ist schmählich in's Wasser gefallen. Der Dreikönig hat in Ungarn und in Italien „Stöße in's Herz“ erhalten und weist auf dem letzten Wege, und nun erst die Kolonialpolitik! Das Gott sich erbarmen. Bismarck spricht schon von den „fugenannten Kolonien“ und dem Inverland der oomanes missi — der entsetzten Kolonialbenennen, die an allem Schuld seien. Natürlich weiß jeder Deutsche, daß dies eine freche Schmeichelei ist und daß, soweit nur von einer Verantwortlichkeit die Rede sein kann, in erster Linie der „Chef“ der oomanes missi die Verantwortlichkeit trägt. Aber die Thatsache, daß der bankrotte Gewalt- und Schmeichelei-Politiker die Schuld an seine Werkzeuge zuwälzen sucht, hat insofern Bedeutung, als sie verräth, daß er den Bankrott seiner Politik begriffen hat.

In unserer großen Genußsucht hat diese Erkenntniß ihm nicht die Besonnenheit zurückgegeben — er taumelt noch wie vor von

Fehler zu Fehler, und hat es jetzt durch die blödsinnigen Provokationen seiner Leibeserben (der Dürschken und sonstiger Parteigänger) glücklich zu weit gebracht, daß die einzige Regierung, mit der das bismarck'sche Reich noch auf leidlich gutem Fuß stand: die amerikanische, in die schärfste Opposition gegen die deutsche Politik getrieben worden ist. Was die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindeheit! — Was in's Moderne überlegt ungefähr lauten würde: **Entlarvte Verbrecher drehen sich selber den Strid.** —

In den obersten Regionen herrscht die wildeste Anarchie, der Krieg aller gegen alle. Die Bismarck Vater und Sohn! Die Waldersee und Stöcker! Die Gagfeldt! So schwärzt es durcheinander, und aus dem tausendfach verwickelten Intriguenwebel ist es schwer, die einzelnen Faktionen und Mächte genau von einander zu unterscheiden. Daß neben der Dynastie Bismarck zwei Prätexten sich hervorgehoben haben, oder richtiger: ausgehoben werden konnten, das kennzeichnet die Situation und verklärt den Sturz der Dynastie Bismarck. Wenn das persönliche Regiment aufhört absolut zu sein, hört es auch auf zu existieren. Wer die Rolle des eisernen Kanzlers spielen will, darf sich nicht schwach zeigen, darf nicht altern. Der alternde Kanzler, — das ist der jährlinge Löwe, dem jeder Kehl einen Frühlingskuss verleihen kann, und die nationalliberalen Gel haben den Frühlingskuss allerdings schon eingelöst, so tramschhaft sie es auch ablenken. Der „Eiserne“ aber behauptet, er „altere“ nicht, er habe bloß neulich, als er sich in der Kolonialdebatte so arg blamiert, sein orbentliches — Frühlingskuss im Leibe gehabt, und da habe ihm der nötige Spiritus gefehlt. Das trotz der 6 Wasserläufer voll Kognak — ungewöhnt, unverzärtelt — ist indess ein sehr bedenkliches Zeichen.

— Die Mohrenwäsche verunglückt. Der neue Mahlow-Jährling-Projekt, lesen wir in deutschen Blättern, ist jetzt eingestürzt worden, nachdem die Verhandlung nicht bis zum 1. Mai verlegt worden war. Man wird sich erinnern, daß dieser Projekt den Schumann Jährling, welchem das Landgericht I. die Glaubwürdigkeit abgesprochen hatte, rehabilitieren sollte. Wenn dies nicht gelingen würde, so könnte, nach einer Ausrufung des damaligen Ministers v. Puttkamer im Abgeordnetenhause, Jährling nicht im Staatsdienst bleiben. Thatsächlich ist Jährling jetzt Stationsvorsteher in Dornhausen. Die Anklage im neuen Mahlow-Jährling-Projekt richtete sich gegen Herrn Trecher, damals Redakteur der „Volkszeit“. Die Einstellung des Verfahrens wird auch dadurch bestätigt, daß seit der letzten gerichtlichen Handlung, der im Juni erfolgten Vernehmung des Zeugen Christensen, mehr als sechs Monate verlossen sind.

Damit wäre also indirekt festgestellt, daß Mahlow-Jährling ein unglaubwürdiges Subjekt ist. Wir wußten das bereits vorher, wollen also auf die Schlässe, die sich daraus für das System ergeben, besten Früchten Jährling Mahlow ist, heute nicht weiter zurückkommen. Aber eine andere Frage müssen wir zur Sprache bringen. Nicht nur sind auf die Angaben dieses unglaubwürdigen Burschen hin eine Anzahl braver Arbeiter seinerzeit aus Berlin angewiesen und damit in ihrer Existenz schwer geschädigt worden, es sind auch zwei weitere Arbeiter, die Tschider Markowski und Wittkowski, wegen ihrer Jugendverhältnisse gegen ihn auf den Dienst-Eid seines Kampans Kaporra des Reichs für schuldig erkannt und zu je einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Nun, wenn die Staatsanwaltschaft selbst den Versuch aufgibt, Mahlow-Jährling gegen den Vorwurf der Unglaubwürdigkeit zu verteidigen, so liegen tausend Wahrscheinlichkeiten gegen eine vor, daß während der meinelidige Schmutz frei umherging und auf Staatskosten gemästet wurde, ehrliche Arbeiter seinerzeit mit dem Brandmal des Reichs behaftet und der entscheidenden Behandlung im Gefängnis ausgehört wurden. Gabe es eine Gerechtigkeit in Preußen, so würden sie für die zu Unrecht erlittene Strafe entschädigt und der freche Verleumder zur Rechenschaft gezogen. Aber Gerechtigkeit in Preußen! Sie ist vorhanden, o ja, aber es steht mit ihr genau so wie mit der famosen Gleichberechtigung.

Und darum bleiben die beiden Arbeiter „meinelidig“ ihr Leben lang und Jährling-Mahlow behält das — Allgemeine Ehrenzeichen.

— Beiläufig muß auch erwähnt werden, daß es Rache für die Enttarnung Jährling-Mahlow war, daß Jens Christensen aus Berlin ausgewiesen und durch aus Deutschland geholt wurde, und daß es aus Rache für die Kreuzzeichnung des Pariser im Reichstag geschah, daß Genosse Singer die Ausweisung erhielt, die ihn zwang, aus seinem blühenden Geschäft auszutreten.

Sobiel Schurkerei um einen Schurken!

— Puttkamer'sche Ehrenmänner unter sich. Der Ex-Spindel Wichmann hat an Genosse Kuer als Antwort auf die Veröffentlichung seiner „Geständnisse“ folgende Postkarte gelangen lassen: „Witona, 17. Febr. 1889, Herrn J. Kuer, Wohlgeboren.“

Gelesen! Falls Sie noch mehr Thatsachen wünschen, bitte um Nachricht. Denn es ist die höchste Zeit, daß das Treiben eines Engel, seinen Kollegen z. gegenüber, endlich einmal aufgedeckt wird.

Ich weiß wohl die Tragweite meiner Mittheilungen zu ermessen, doch die Wahrheit muß endlich mal gesagt werden; da es ja noch Richter in Deutschland gibt.

Ergebenst

Wichmann.“

Herr Wichmann scheint also noch viel Material gegen seinen früheren Vorgesetzten und Gönner auf dem Herzen zu haben, und wir können nur wünschen und hoffen, daß der Altonaer Polizei-Engel Gelegenheit nimmt, sich gegen die von Wichmann ihm nachgesagten Schurkereien vor Gericht zu verantworten. Denn man beachte wohl, durch seine Postkarte bestätigt Wichmann die in seinem Brief vom 1. Juni abgegebene Erklärung, daß Ehren-Engel im Korrespondenzen an die „Freiheit“, in denen Kuer und andere Hamburger Genossen in schamloser Weise verleumdete worden, in die Feder diktiert habe. Einen solchen Vorwurf darf kein Mensch, der als anständig gelten will, am allerwenigsten ein Beamter, unentwidert auf sich sitzen lassen. Man denke nur, welcher Art die Korrespondenzen an das Organ der anarchischen Revolutionsmännerei waren. In derselben Rolle des Berliner „Volksblatt“, welche die Postkarte des Wichmann veröffentlicht, wird auch eine der in der „Freiheit“ erschienenen, nach seiner Angabe also von Engel verfaßten Korrespondenzen abgedruckt, die in der That des „Niedriger Hängens“ werth ist. Man höre nur:

Hamburg. Die Lumpenstreiche seitens der Anhänger der Jülich-Weißer Richtung mehren sich. So ist vor hier ein ganz gemeiner Akt zu melden, nämlich der Liquidator der Genossenschaft, Garve, welcher sich in Hamburg aufhielt, hat sich heimlich nach Amerika geflüchtet, unter Mitnahme von 4000 M., welche Schurkerei einigen Herren ganz gelegen zu kommen scheint, denn die Herren Braack, Kappel und Kuer haben jeder noch das Stämmchen von 2000 M. Genossenschaftsgelder in Händen, welche dieselben sich weigern heraus zu geben. Ebenso kommt dieser Streich den in Amerika wohnenden Herren Reimer, Brüggemann und Walther sehr gelegen, denn dieselben haben bis jetzt von den Parteigängern, mit welchen sie sich jederzeit austreteten, noch keinen Heller zurück-erhalten, wie sie verlangen. Durch das Verschwinden Garve's ist jeder Anhaltspunkt verloren gegangen und dürfte es uns durchaus nicht wundern, wenn diese schone Seele, ähnlich wie der alte Ausreißer Freyde, eine Saganas- und Bierwirtschaft eröffnete, wo dann die von den Genossen lauer erwandenen Gelder verwahrt werden. Die amerikanischen Genossen seien hiermit vor dem Lumpen Garve gewarnt und gleichwohl aufgefordert, wenn er in ihrer Mitte auftauchen sollte, denselben so zu behandeln, als er es seinen Schurkenstreichen gemäß verdient.

Sein Wort von dem da Geagten ist wahr, alles Lüge, häßliche Lüge, um die Opfer der brutalen Verfolgungswuth des Engel noch hinterher durch Ausstreuen verleumdender Verdächtigungen zu schädigen. Wer immer es gethan, ist ein Schand, hat es aber der Engel gethan, nun, so ist es eine doppelte, eine tausendfache Schurkerei, so infam, daß sie ihrem Urheber die unbarbarische gesellschaftliche Achtung zuziehen müßte, ihn aber jedenfalls der Verachtung jedes anständig Denkenden überhebet.

In einer Hinsicht hat der „Engel“ allerdings seinen Lohn zum Theil

weg. Am 30. März 1881 ist er von Herrn von Puttkamer in öffentlicher Reichstags-Sitzung mit folgenden Worten als gefügiges Werkzeug des Protektors oder meinelidigen Polizei-Hallunken gelobt worden:

„Vor ich so gleichsam aus dem großen Korbe alle Dinge hier zur Entgegung wieder vordringe, will ich zunächst einen Ehrenmann gegen die — ich darf wohl sagen — Verunglimpfungen des Herrn Vorredners in Schutz nehmen; das ist der Polizeikommissarius Engel in Altona. Meine Herren, das ist ein sehr treuer, zuverlässiger Beamter; er ist protokolllarisch vernommen worden über alle diejenigen ihm schon vorher bekannten Insinuationen, welche der Herr Vorredner eben von der Tribüne gegen ihn vorgebracht hat; er hat auf seinen Diensteid versichert, daß kein Wort von dem wahr ist, was davon im Reichstage der Herr Abgeordnete Kuer gegen ihn vorgebracht hat.“

Dieser Ausruf hat der Ex-Spindelminister selbst den Jährling-Mahlow nicht geteilt — man ermesse daraus die Verworfenheit des Altonaer Ordnungshelms. Daß er es nicht gewagt, den Wichmann zu verfluchen, ist an sich schon Beweis, Puttkamer's Lob aber die authentischste Bestätigung, daß seine Diensteide nichts würdige Meinelide waren.

Je frecher der Meinelid, um so höher die Auszeichnung, die dem „Blüthgetreuen“ zu Theil wird: Jährling-Mahlow erhielt das allgemeine Ehrenzeichen, Herr Engel hat bereits den rothen Adlerorden vierter Klasse eingeholmt. Es ist nicht schwer, danach zu bemessen, wie viel Jahre Buchhaus ihm von Rechtswegen gebühren.

— Unsere Leser werden aus der Tagespresse über die Einzelheiten der Enttarnung des „Ehrenmannes“ Wigott als Fälscher und der hochachtbaren Times als Hehlerin desselben gelesen haben. Das Organ der „Ordnungs-“ lebenden Bourgeoisie nahm keinen Anstand, die angeblich von Parcell herrührenden Briefe, deren zweifelhafter Ursprung von vornherein den Gedanken einer Fälschung nahelegte, gegen den politischen Gegner anzuschleudern und wurde darin in jeder Hinsicht von der konservativen Regierung des Herrn Salisburg unterstützt. Nun, Dank der Geschäftlichkeit des Advokaten Parcell, ist das Komplott an den Tag gebracht, Ehren-Wigott hat sich in Madrid erschossen, und seine Hintermänner sehen ihr Spiel verloren. Ein wahrer Sturm der Enttarnung ergießt sich über die „Times“, und zu den enormen Kosten, die der Projekt dem Organ für „Ordnung“ und „Geschäftlichkeit“ verursacht, gesellt sich noch eine ganz empfindliche Einbuße an Ansehen und Verbreitung. Und was die Regierung anbetrifft, so ist alle Welt darüber einig, daß ihre Tage gezählt sind.

Alles das ist gewiß sehr zu begrüßen, und man kann dem englischen Volk nur dazu Glück wünschen, daß es sich noch soviel Rechtsinn erhalten, gegen Betrug und Fälschung im politischen Kampf zu protestieren. Wenn aber das Pharisäertum in der deutschen Replikenspreß meint, sich nun auf Kosten der „Times“ altlich thun zu dürfen, weil „wir nicht sind wie die da“, so muß ihm ein entsetzliches Halt da! zugerufen werden. Alles, was die „Times“ gefündigt, so schmuckvoll es auch ist, ist doch nur ein winziges Splitterchen, verhalten mit dem riesenhafte politischen Infamie, welche die Verhältnisse des Bismarck'schen Regiments in Deutschland gegen die Oppositionsparteien, insbesondere die Sozialdemokratie entfaltet. Hätte die Times-Geschäftlichkeit in Deutschland gepfeift, der Fälscher läge seine Brust geschmückt mit dem allgemeinen Ehrenzeichen, sein Gönner aber würde in das auserlesene „Kapitel“ jener Alleredelsten und Allerbesten der Nation aufgenommen, welche als Ritter des schwarzen Adlerordens das höchste Ansehen im Lande genießen.

Die englische Regierung ist tief geknien, aber auf den Puttkamer ist sie doch noch nicht gekommen.

— Mit Bezug auf den Internationalen Kongress sind wir in der Lage, mitzutheilen, daß am 28. Februar in Haag eine von den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie einberufenen Konferenz stattgefunden hat, an welcher außer zwei Vertretern Deutschlands, je zwei Vertreter der belgischen, holländischen, schweizerischen Sozialdemokratie und Genosse Paul Vassarque im Auftrage des Pariser Verbandes (Agglomeration) der französischen Arbeiterpartei theilnahmen. Die sozialistische Federation („Possibilisten“) war ebenfalls aufgefordert worden, hatte aber die Bezeichnung unter der Erklärung abgelehnt, daß sie ein Mandat von dem Londoner Kongress habe und sich an dieses zu halten gedente. Dieses Steifen auf den Nachstaben wurde allgemein verurtheilt, denn selbst wenn man davon absieht, daß der Londoner Beschluß nur für diejenigen bindende Geltung haben kann, die ihn gefaßt, nicht aber für die, welche von dem Kongress ausdrücklich ausgeschlossen worden, muß jeder Unbefangene sofort zugeben, daß aus jenem Mandat unmöglich das Recht hergeleitet werden kann, ganz einseitig nach eigenem Bedürfnis oder gar Laune, Datum und Ort der Abhaltung eines internationalen Kongresses festzusetzen. Die französischen Possibilisten haben sich aber von jeder über die elementarsten Regeln internationaler Rücksicht hinweggesetzt und sich geberdet, als hätten sie nur zu befehlen und die Sozialisten aller andern Länder zu gehorchen.

Dabei zeigt z. B. die Festsetzung des Zusammentritts des Kongresses auf den 14. Juli, dem Jahrestag des Vorkrieges, keineswegs diejenige Rücksicht, die im Interesse der Beratungen geboten wäre. An jenem Tage, bekanntlich das Nationalfest der Republik, wird die Aufmerksamkeit des Publikums auf alles Andere eher gelenkt sein, als auf den Kongress der Arbeiter, und das Tagen mitten im heißen Sommer wird auch auf den Verlauf der Debatten nicht gerade erwünschliche Wirkung. Ein späteres Datum, wenn der Trübel der offiziellen Festlichkeiten vorüber, würde also entschieden angemeßener gewesen sein.

Dies nebenbei. Einstimmig wurde auf der Konferenz dem Verlangen zugestimmt, daß der Umfang einseitig veranstalteter internationaler Kongresse aufgehört müsse und in Zukunft dieselben nach vorheriger gemeinsamer Vereinbarung der Arbeiterpartei und größeren Arbeiterverbände der Kulturländer stattzufinden haben und von den Vertretern dieser, nicht aber von denen einer Nation einberufenen sind. Um aber für diesmal eine Verständigung anzubahnen und der Welt das Schauspiel zweier gleichzeitig tagender internationaler Arbeiterkongresse oder eines neuen Kumpfkongresses zu ersparen, ward beschloffen, den Possibilisten insoweit entgegen zu kommen, ihr Londoner Mandat in Bezug auf die Vorbereitungen z. des Kongresses anzuerkennen, von ihnen aber zu verlangen, daß sie die Festsetzung der Tagesordnung, die Einladungen zum Kongresse z. in Gemeinschaft mit den übrigen Arbeiterpartei vorzunehmen. Gehen sie darauf nicht ein, so werden sie, nach der Stimmung, die in der Konferenz herrschte, zu schließen, ihren Kongress unter sich abhalten können.

— Auch der New-Yorker „Socialist“ legt gegenüber dem „Proletariat“ eine scharfe Lanze für das Recht der Kritik ein. Er druckt unsern Artikel „Zur Aube“ vollinhaltlich ab und schreibt weiter in einem Artikel „Der internationale Kongress in Paris“:

„Wollen wir nun zugeben, daß das Recht der Kritik im internationalen Sozialismus (denn es gibt keinen deutschen, französischen oder englischen Sozialismus, es gibt nur einfach Sozialismus, und der geht uns allen an, gleichviel ob er in Paris, London oder New-York vertreten wird) ausgenommen, daß Paris, die Wiege der Revolution, die Hoffnung des Proletariats der ganzen Welt, von einigen ehrgeizigen Rännern in den Stumpf hineingeritten, völlig forumpiriert werde? Ich glaube, das dürfen wir auf keinen Fall zugeben. Nichts, Damesla New-York und Andere haben schon die Sache in die Hand genommen, an uns deutschen Sozialisten in Amerika ist es, dieselben nun zu unterstützen. Schicken wir recht viele Genossen hin, halten wir fest zusammen und verteidigen wie ernstlich unsere Prinzipien, dann geht es den Possibilisten in Paris, wie es den Londoner Gewerkschaften ergangen ist, sie werden von den auswärtigen Genossen in die Schranken zurückgeschickt werden, aus denen sie herausgetreten sind.“

— Unsere Hoffnung, daß die „Gallits“ sich zu einem würdigen und lebenskräftigen Organ des unabhängigen französischen Sozialismus entwickeln werde, ist zu nichte geworden. Zwar hat sich das Blatt unter der trefflichen Redaktion Incael einen ansehnlichen Leserkreis erworben, so daß zu hoffen stand, es werde in absehbarer Zeit seine Kosten decken, aber der kapitalistische Eigentümer und geschäftliche Leiter desselben sollen diesen Zeitpunkt nicht erwarten zu können und keine weltliche Arbeiter und Zeger, die außer dem Tarif der organisierten Schriftsteller

arbeiten, in seiner Druckerei ein, so daß die sozialistischen Redakteure und Mitarbeiter, nachdem ihre Gegenleistungen sich als fruchtlos erwiesen, es mit ihrer Ueberzeugung unvereinbar hielten, noch länger an dem Blatt zu arbeiten. Der gesamte Redaktionsstab — Danmas, Ch. Louquet, Ed. Baillant, Gemeinderathe von Paris, sowie Dr. L. Fleury, Oranger, Jules Guéde, Paul Vassarque, B. Malon und A. Breuille und ebenso sämtliche sozialistische Mitarbeiter: D. Archain, Louis Besse, Voulo, Chauviere, G. Deville, G. Feline, G. A. Maderey, Fr. Maquaire, H. Neveu und H. Place, erklärten unterm 1. März ihren Austritt aus der „Gallits“.

Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß, so sehr wir es bedauern, daß auf diese Weise die besten Kräfte des französischen Sozialismus soziologischen literarisch abhandlos geworden, wir das Verhalten derselben in dieser Angelegenheit nur mit Genugthuung begrüßen können. Was in Frankreich vor allen Dingen heute Noth thut, ist das Beispiel und einigamer Gesinnungstreue. Der Opportunismus in seinem schlimmsten Sinne — denn es gibt auch einen berechtigten, einen nothwendigen Opportunismus — beherrscht so sehr das öffentliche Leben, hat sich so in alle Parteien eingefressen, daß die Sozialisten die doppelte Pflicht haben, auf die Reinheit ihres Bannenschildes zu halten. Es ist das eine schwere Aufgabe, denn es heißt zum guten Theil den Bergsturz auf das Wirken für die vertretene Sache, aber sie muß erfüllt werden.

Der Augenstehende hat keine Idee, wie jammervoll es in Frankreich mit den Presseverhältnissen bestellt ist. Die Presse-Gesetzgebung des Kaiserreichs in Verbindung mit der kapitalistischen Entwicklung hat im Zeitungsweesen allmählich Zustände geschaffen, unter denen ein unabhängiges Blatt, hinter dem nicht ein Finanzmann oder eine Finanzgesellschaft steht, geradezu ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die Einflußsphäre eines täglichen Blattes — und Wochenblätter werden in Paris überhaupt nicht gelesen — berechnet sich nach Hunderttausenden. Als vor einigen Jahren die Possibilisten den Versuch machten, das „Proletariat“ täglich erscheinen zu lassen, mußten sie ihn nach den ersten Wochen aufgeben, und noch heute sind die damals gemachten Schulden nicht abbezahlt. Wer das Defizit des „Parti Ouvrier“ zahlt, wissen wir nicht, wohl aber, daß es sich nicht im Entferntesten deckt.

In gleicher Lage befinden sich noch eine ganze Anzahl politischer Blätter, darunter einige vortrefflich geschriebene. Rentabel sind fast nur die Marktblätter, die Sensationsblätter und einzelne politische Blätter mit einer „leichten Kambschaft“, wie der „Temps“ z. Alle übrigen werden subventioniert — sei es von Finanzgesellschaften, deren Interessen sie vertreten, sei es von politischen Parteien, hinter denen gewöhnlich ebenfalls Finanzgesellschaften stehen. Unter diesen Umständen sind die Redakteure eines Blattes nichts, der Eigentümer alles. Alle Augenblicke lesen wir, daß aus irgend einem Blatt der gesamte Redaktionsstab ausgetreten ist — warum? Es hat dem Eigentümer beliebt, den Redakteuren Bedingungen aufzuerlegen, die ihnen das Verbleiben unmöglich machten.

Am schlimmsten sind unter solchen Verhältnissen natürlich die Sozialisten dran. Je fester sie in ihrer Ueberzeugung, um so weniger können sie die Konkurrenz mit dem Gesinnungsstumpentum der kapitalistischen Presse durchführen. Und hieran trifft ein gut Theil Schuld die französische Arbeiter selbst. Sie stellen an ein sozialistisches Blatt die höchsten Ansprüche, sind aber, von einer kleinen Anzahl um so opferwilliger Genossen abgesehen, keineswegs gewillt, für seine Existenzfähigkeit man auch ihrerseits thatkräftig einzutreten. Nicht daß sie politisch indifferent oder Gegner des Sozialismus wären. Keineswegs, aber sie sind zum Theil durch die früheren Partekämpfe abgemüht, zum Theil auch durch die von der Widerheit gebrochene Opfer verwohnt. Diesen Umständen ist es auch mit zuzuschreiben, daß die Geschichte der sozialistischen Bewegung in Frankreich in der Anzahl so wenig erfreuliche Bilder aufweist.

Hoffen wir, daß es schließlich doch einmal besser. Und hoffen wir weiter, daß es den vereinten Bemühungen der unabhängigen Sozialisten gelingen möge, trotz aller Schwierigkeiten, recht bald ein Organ des Sozialismus in's Leben zu rufen, das in jeder Beziehung auf der Höhe seiner Aufgabe steht.

— „Amerika, Du hast es besser“ — so werden sicherlich die Herren Steuer- und Wirtschaft's-Reformer, will heißen Landproben, denken, die kürzlich auf einem Kongress in Berlin über den „Arbeitermangel in der Landwirtschaft“ heimkehrten und nach Washington zur Abhilfe des schrecklichen Nothstandes hielten. Zu diesem Behufe beschloffen sie, sollen Erhebungen in allen betheiligten Gegenden Deutschlands veranstaltet werden über die Gründe? — o nein, die Herren sehr gut — nur so allgemein die Umstände, unter denen die Flucht der Landproletarier von den Domänen sich vollzieht, und wie man ihr durch Reglementationen z. entgegenzutreten kann. Nichts anderes bedeuten wenigstens folgende der von sie aufgestellten Fragen:

„Welche Maßnahmen sind getroffen, um im Interesse der Wohlfahrt und Stilligkeit die periodisch beschäftigten Arbeiter in den bezüglichen Betrieben“ unterzubringen? — Welche Maßnahmen sind getroffen, um das Treiben der Arbeiter-Vermittelungsbeamten zu beaufsichtigen, speziell nach der Richtung der Erregung betrügerischer Hoffnungen und Verlockungen zum Kontraktbruch?“

Landjunker, die sich für Stilligkeit und Wohlfahrt ihrer Arbeiterklassen interessieren — wer laßt da nicht? Als ob nicht Jedermann wüßte, wie es auf den Gütern dieser Tagelöhne in erlichem Punkte angeht, und als ob sich die Arbeiter zum Fortziehen verlocken lassen würden, wenn für ihre Wohlfahrt auch nur im bescheidensten Maßstabe gesorgt würde. Selbstverständlich haben wir gegen die Erhebungen an sich nicht das geringste einzuwenden, es dürften bei derselben recht hübsche Enthüllungen zur Sprache kommen. Vielmehr ist es traurig, daß die armen Landproben solche verhängnisvolle Hinweise einschlagen müssen, um zu ihrem Ziel — Festhalten der Landproletarier an die Scholle, zu gelangen. So machen es ihre Kollegen jenseits des großen Ozeans weit einfacher. Man höre nur, was erst neulich wieder amerikanische Blätter zu berichten wußten:

Aus Nord-Carolina kommt eine Nachricht, welche nur wieder auf's Neue bestätigt, daß dort die Sklaverei bloß der Form nach aufgehoben ist. Dieser Bericht sagt: Wegen Befürchtung von Aufruhr in Wayne-County wird die Witz in Bereitschaft gehalten. Jedes Jahr um diese Zeit beginnt eine größere oder geringere Zahl Neger auszuwandern, deren Abreise von den Farmern auf jede Weise zu hindern versucht wird. Die Farmer verlieren ihre billigen Landarbeiter und können sie nicht ersetzen. In diesem Jahr ist die Zahl der Auswanderer größer als je zuvor und die Farmer drohen leben, der Neger zum Fortgehen zu überreden, mit dem Tode. Ein Telegramm aus Wayne County meldet, daß die weißen Bürger bis an die Zähne bewaffnet herbeistreichen und die Neger einschüchtern. John B. Richardson, einer der größten Farmer des Südens, welcher Neger für seine Farmen in Tennessee, Mississippi und Louisiana anwarb, wurde zum Verlassen des County's gezwungen. Gestern trafen in Goldsboro 1500 Neger mit ihren Familien ein, welche, nachdem sie ihr bißchen Hab und Gut verkauft hatten, auf die vertriebenen Agenten für Transportation warteten. Es bedarf nur geringen Hinbisses zum Ausbruch eines Aufstandes. — Die Freizügigkeit existirt da also für die arbeitenden Klassen nicht. Abgesehen von perfiden Dienst- und Pachtkontrakten, auf deren Verletzung Kriminalstrafe steht, muß nöthigenfalls das altherwährte sildliche Argument, die „Shotgun“ (Schiefprügel), in Anwendung gebracht werden, um die Verbeigeneu an der Scholle zu halten.“

Schade, Schade, daß unsere preussischen Landjunker auf dieses „probate“ Mittel verzichten müssen. Aber das ist wieder auch nur eine Folge der falschen Humanität unserer Zeit. Wenn nur mit der einmal gründlich aufgedrückt würde!

— Steht Deutschlands Kaiser auf dem Boden der Arbeiterbewegung? Angesichts seines jüngsten Verlangens nach Vohnerhöhung waren Viele geneigt, es anzunehmen. Ein Mitarbeiter der Wiener „Gleichheit“ meint jedoch, so absolut hätten die kämpfenden Arbeiter Wilhelm noch nicht als ihren Bundesbrüder anerkennen. Dieses so vielversprechende Ereignis“, schreibt er, „wäre dann eingetreten, wenn Wilhelm

*) Die nämlich, denen sich die Arbeiter zuwenden.

